

iDeserta!

verweigern. widersetzen. revoltieren

Internationalistischer Kongress
9-12 Mai 2013 | München
BUKO 35

www.buko.info

Jetzt reicht's

„iDeserta! Desertiere!“ flüstert es in den Straßen, schallt es aus den Fluren der Büros und Behörden, scheppert es aus den Lautsprechern der Fabriken und Denkmaschinen. Verweigere dich, bleibe fern, bleib zuhause, bleib stehen. Der BUKO 35, der vom 9.-12. Mai in München stattfindet, lädt ein zum kollektiven Entfernen, Entgleisen und Haltmachen.

Im „Zentrum des rasenden Stillstands“ (Goldene Zitronen) halten wir inne und fragen: Wo geht's lang und vor allem, wo geht's raus? iDeserta! Im engeren Sinne bedeutet „Desertion“ das Fernbleiben eines oder einer Soldat_in von den jeweiligen militärischen Pflichten, was überall auf der Welt mit einer Freiheitsstrafe und oft sogar mit dem Tod geahndet wird. Auch wenn die Abhängigkeitsverhältnisse, in denen die meisten von uns sich befinden, nicht mit dem klassischen militärischen Konzept von Gehorsamkeit und Dienen übereinstimmen, rufen wir dennoch im übertragenen Sinne zum kollektiven Desertieren auf. Wie sehen die Machtstrukturen und -systeme aus, die diese gewaltvollen Verhältnisse und Beziehungen täglich produzieren? Wo finden wir Gehorsam

und Zwänge im eigenen Denken und Handeln: Wo setze ich mich in Konkurrenz, wie sichere ich Privilegien, wo profitiere ich von bestimmten Verhältnissen und wo gibt es Möglichkeiten, mich zu verweigern?

Nicht-mehr-Mitmachen-Wollen heißt für uns auch: Etwas-anderes-wollen. Wie aber konkrete Alternativen entwickeln angesichts multipler Krisen, globalisierter Ausbeutungsverhältnisse, kriegerischer Normalzustände, scheinbar unangreifbarer Herrschaftsgeflechte? Dabei sind Herrschaftsformen äußerst perfide, weil sie sich nicht nur über Zwang und Gewalt herstellen, sondern auch über Konsens und Verinnerlichung. „Geschlecht wird gemacht!“, rufen Feminist_innen, queere Aktivist_innen, Transgender* und zeigen, welche brutalen Auswirkungen das Genderregime täglich hat. „Rassismus wird gelebt!“, rufen antirassistische Aktivist_innen und zeigen, wie allgegenwärtig Diskriminierungen aufgrund von Hautfarbe, nationaler und sozialer Zugehörigkeit sind. Wir fragen: Wie kann Subjektivität jenseits dieser hierarchischen Kategorien von race/class/gender gelebt werden?

Kommen wir zum nicht weniger problematisch-

en „Großen Ganzen“: Es gibt neue Kriege, wie die in Mali oder Syrien. Vor allem in den Ländern des globalen Südens sind Landgrabbing und Ressourcenraub weiter an der Tagesordnung, während quer durch alle Länder und Kontinente die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Gleichzeitig nehmen als Reaktion auf die Krise Abschottungs- und Nationalisierungstendenzen zu, wie das Erstarken neofaschistischer Gruppierungen in Polen oder im krisengeschüttelten Griechenland zeigt. Zugleich treibt die EU-Troika mit ihrem Diktat aus Sparen & Strafen immer mehr Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut. Es bleibt festzuhalten, dass trotz vielfältiger Proteste und Widerstände keine grundsätzliche Verschiebung der neoliberalen Hegemonie in Sicht ist.

Nicht-mehr-Mitmachen und gleichzeitig auf ein besseres Leben verweisen – das tun weltweit Menschen und Bewegungen unter den schwierigsten Bedingungen:

„J'en ai marre!“ (Mir reicht's), lautete der Slogan der Basisbewegungen im Senegal. „Nem tetszik a rendszer“ (Das System gefällt mir nicht), singt die Ungarin Dorottya Karsay und

lieferte damit 2011 den Protestsong gegen die Entdemokratisierung in ihrem Land unter dem Rechtspopulisten Viktor Orbán. Im Dezember 2012 läuteten etwa 40.000 Zapatist_innen in Chiapas mit einem Schweigemarsch eine beeindruckende Offensive ein. „Habt ihr das gehört? Es ist der Klang ihrer Welt, die zusammenbricht“, lautet die Losung zum Schweigemarsch. Es ist eine Erneuerung ihres berühmten „Ya Basta“, eine Haltung, die sich bei den Zapatist_innen stets verbindet mit der Verweigerung einer Politik von reformorientierten Kompromissen.

iDeserta! Wir fassen das unerlaubte Wegbleiben von der Truppe weiter und fragen, wo wir uns im Alltag verweigern können. Wie kann sich aus der zunächst individuellen Haltung des „Ohne mich“ eine kollektive Protestbewegung entfalten? Mit uns ist kein Staat zu machen, keine Fahne zu halten, kein Krieg zu führen, keine Grenze zu sichern, kein Innen und Außen zu definieren. In dem Sinne laden wir zum BUKO 35 ein, um altes Terrain zu verlassen und neues Terrain zu ertasten.

iDeserta!
verweigern/widersetzen/revoltieren

(Nach) München bewegen im Mai

München und BUKO – da war doch schon mal was. Im Sommer 2001, nach den Ereignissen von Genua, entstand die Idee, die Dynamik der Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung mit einer Mobilisierung gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München zu verbinden, und so etwas von der Stärke und Attraktivität dieser internationalen Bewegung in die lokalen Kämpfe zu übertragen. Ein erster Aufruf dazu wurde auf dem Abschlusspodium des BUKO 24 in München als gemeinsame Erklärung verabschiedet.

Der BUKO 24 unter dem Titel „Von Kölngehen über Nizza, Göteborg und Genua... nach Münchengehen“ im Herbst 2001 fand in einer turbulenten Zeit statt: Das Ringen um eine Einschätzung zu den ebenso starken wie konfliktreichen Protesten in Genua, der Schock und die Wut über die Ermordung Carlo Giulianis und die Repression gegen die Aktivist_innen in Genua bestimmten viele Auseinandersetzungen auf dem damaligen BUKO. Die Ereignisse des 11. September 2001 lagen noch nicht lange zurück und das Ausmaß des so genannten „Krieges gegen den Terror“, sowie die Wirkmächtigkeit des damit verbundenen rassistisch aufgeladenen Diskurses waren noch nicht in ihrem vollen Umfang absehbar.

Dem Auftakt der Kampagne gegen die alljährlich in München stattfindende Kriegskonferenz folgte ein dynamisches Protestwochenende im Februar 2002. Allen Verboten zum Trotz, demonstrierten Tausende gegen die Konferenz und die repressive Politik der Stadt. Der Widerstand gegen die Konferenz prägte in den folgenden Jahren ebenso die antimilitaristische Linke wie die Protestlandschaft Münchens. Auch wenn 2013 immer noch 2000

Menschen gegen die Siko auf der Straße waren: die Dynamik fehlt, die Kampagne schleift sich ab – doch die Dringlichkeit antimilitaristischer Interventionen beschäftigt uns in München weiterhin. Der Krieg beginnt hier – das ist in München, dem Standort der wichtigsten Rüstungskonzerne, ganz offensichtlich. Über die Perspektiven antimilitaristischer Politik wollen wir auf dem BUKO 35 in München gemeinsam diskutieren.

BUKO in München – in der Höhle des Löwen?

„München liebt Dich.“ Das ist der Slogan einer Werbekampagne der Stadt München. Ein Slogan, der die alltägliche Realität vieler Menschen in München ausschließt: die Realität derjenigen Menschen, die sich den Wohlstand der glänzenden High-Tech-Metropole nicht leisten können, die tagtäglich mit der Repression der Münchner Polizei konfrontiert sind, und derer, die die „Weltstadt mit Herz“ nicht in das selbige geschlossen hat. In München begannen Umstrukturierungsprozesse deutlich früher als in vielen anderen deutschen Städten. Die städtische Architektur schafft ein „Innen“ und ein „Außen“. Das „Innen“ ist für jene reserviert, die es sich leisten können.

„Die Kehrseite der städtischen Wachstumsstrategie sind explodierende Mieten, zigtausend leerstehende Büroquadratmeter, lange Wartelisten bei städtischen Sozialwohnungen, eine starke Verdichtung des städtischen Raums und eine enorme Immobilienspekulation. Die wachsende Stadt ist eine sozial geteilte Stadt, die von und durch Verdrängung geprägt ist. Arme, Alte, Migrant_innen und zunehmend den Großteil der Bevölkerung trifft es. Die Promenaden den Gutsituierteren, dem „Pöbel“

die Mietskasernen außerhalb, lautet die heimliche Devise. Zwangsräumungen und zunehmende Obdachlosigkeit sind dabei die extremsten Ausdrücke dieser Entwicklung“ – so beschreibt das Münchner Bündnis „Recht auf Stadt“ die Situation. Die Verschränkung sozialer und rassistischer Exklusion zeigt sich seit einiger Zeit besonders deutlich an der Stadtpolitik gegenüber migrantischen Arbeiter_innen aus Rumänien, Bulgarien und anderen osteuropäischen Ländern. Durch den rassistisch strukturierten Arbeits- und Wohnungsmarkt und städtische Auflagen für Wohnheime und Notunterkünfte, die Menschen aus den entsprechenden Herkunftsländern explizit ausschließen, sind sehr viele von ihnen gezwungen, sich als Tagelöhner_innen in extrem prekarierten Arbeitsverhältnissen ausbeuten zu lassen und auf der Straße zu leben.

„Wir fordern Arbeit, Unterkunft, medizinische Versorgung!“, so lauteten die Parolen einiger von dieser Politik Betroffener auf der 1. Mai-Demo und auf einer Kundgebung vor dem Wohnungsamt in München. „Wir stellen die soziale Frage, die in den Metropolen heute auch eine Frage der Aneignung von Räumen ist, von allgemeinem Zugang zu den Orten gesellschaftlichen Reichtums, städtischer Infrastruktur und Wissen. [...] Wir wollen eine Stadt, in der Platz für alle ist und die sich nach den Interessen und Bedürfnissen der Menschen entwickelt.“ – heißt es im Manifest des „Recht auf Stadt“-Bündnisses München.

„Krieg beginnt hier“. Kampagne gegen die kriegerische Normalität – den Rüstungsstandort München markieren, blockieren, sabotieren! – dazu ruft ein Plakat auf, auf dem im Münchner Stadtplan die Orte von Kriegsgerät- und

militärischer Wissensproduktion eingezeichnet sind.¹

„Gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus, Verfassungsschutz abschaffen“², fordert ein Bündnis, das die bundesweite Demo zum Auftakt des Prozesses gegen Beate Zschäpe (NSU) in München Mitte April vorbereitet.

Es regt sich vielfältiger Protest in München, das aus der Ferne vielleicht manchen vor allem als repressive Polizeistadt, als reaktionäre Bonzen-Hochburg und miefigspießiges CSU-Nest erscheint.

Der Frühling kommt und wir freuen uns auf den BUKO 35 in München!



Decolonize Munich!
Wir wollen auf dem BUKO 35 koloniale Spuren in München sichtbar machen. Ein Stadtrundgang wird an der Mauer des Alten Südfriedhofs vorbeiführen. Dort befindet sich eine Denkmalsplatte, die u.a. den Münchner Kolonialsoldaten der brutalen deutschen Kolonialkriege gewidmet ist.
(Foto: Heinz Koderer/Archiv der Münchner Arbeiterbewegung)

¹ <https://linksunten.indymedia.org/de/node/77996>
² <http://nsuprozess.blogspot.de>

„Es geht nicht mehr darum zu warten – auf einen Lichtblick, die Revolution, die atomare Apokalypse oder eine soziale Bewegung. Noch zu warten ist Wahnsinn. Die Katastrophe ist nicht das, was kommt, sondern das, was da ist.“ Mit diesem eindringlichen Appell eröffnete 2007 das ‚Unsichtbare Komitee‘ sein Manifest „Der kommende Aufstand“. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des französischen Originaltexts erschien vielen Menschen der emphatische Bezug auf eine konkrete Logik des Aufstands als abwegig. Dennoch proklamierte der Text: „Von einem Punkt extremer Isolation, extremer Ohnmacht brechen wir auf. An einem aufständischen Prozess ist alles noch aufzubauen. Nichts ist unwahrscheinlicher als ein Aufstand, aber nichts ist notwendiger.“

Mit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Akkumulationskrise des Kapitalismus im Jahr 2008 erhielt diese Orientierung auf eine aufständische Perspektive eine unvorhergesehene Aktualität. Denn seitdem kam es zu einer ungeheuren Verdichtung von gleichzeitig stattfindenden Kämpfen, Aufständen und Revolten in verschiedenen Regionen der Welt: Angefangen mit den Unruhen in Griechenland nach der Ermordung des jugendlichen Aktivisten Alexis Grigoropoulos im Dezember 2008; gefolgt von den Aufständen in Tunesien und Ägypten, die im Frühjahr 2011 zum Sturz der autoritären Regime führten; über die in Bürgerkriegen mündenden Revolten in Libyen und Syrien; Zu nennen sind auch die sozialen Kämpfe und Streikbewegungen gegen die Abwälzung der Krisenlasten und das Spardiktat der Troika in Griechenland, Portugal und Spanien; die sich schnell global ausbreitende Occupy-Wall-Street-Bewegung, die Sozialproteste in Israel bis hin zu den heftigen Riots und Plünderungen in Großbritannien und den französischen Vorstädten. Dieser neue Zyklus von Bewegungen und Kämpfen vor dem Hintergrund der anhaltenden Krise

des Kapitalismus lässt die Perspektive eines kommenden Aufstandes konkreter und greifbarer werden.

Wir wollen mit Aktivst_innen aus Südeuropa und Nordafrika über die aufständischen Bewegungen und sozialen Kämpfe in ihren Ländern reden. Dabei geht es uns nicht darum, einen neuen Aufstandshype zu kreieren. Uns interessieren die realen Möglichkeiten und Grenzen aktueller Bewegungen und Kämpfe zur Umwälzung der unerträglich gewordenen Verhältnisse. Wir wollen allerdings die Widersprüche und Rückschläge, mit denen sich die aufständischen Bewegungen konfrontiert sehen, nicht ausblenden. Von dem Erstarren faschistischer und rassistischer Kräfte in Griechenland, über eine zunehmend militarisierter Unterdrückung der sozialen Kämpfe in verschiedenen südeuropäischen Ländern, die Wahlerfolge islamistischer Parteien und Tendenzen gesellschaftlicher Restauration in Ägypten und Tunesien, die Verdrängung emanzipatorischer Kräfte im Zuge der Militarisierung des Konfliktes in Libyen und Syrien bis hin zum raschen Abflauen der Occupy-Bewegungen und der Krisenproteste in der USA, Israel und Europa: Überall sehen sich die neuen Bewegungen und Akteur_innen mit einem massiven Roll Back konfrontiert.

Als weiteres Problem erweist sich die nationale Begrenzung vieler Kämpfe. Während die Strategien der Krisenbewältigung und die Diktate der Austeritätspolitik längst auf der transnationalen Ebene der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds beschlossen und umgesetzt werden, bleibt der Widerstand gegen die brutalen Folgen dieser Politik noch zu häufig auf den nationalstaatlichen Rahmen beschränkt. Koordinierte internationale Protestaktionen, wie beim europäischen Streik- und Aktionstag im November 2012 oder der internationalen Welle selbstor-

ganisierter Flüchtlingskämpfe 2012, sind noch eine seltene Ausnahme.

Fragen nach einer wirksamen internationalen Solidarität und nach der praktischen Vernetzung verschiedener Kämpfe erhalten deshalb eine besondere Bedeutung. Die Verbindung der sozialen Kämpfe in Europa mit den aufständischen Bewegungen in Nordafrika und dem Nahen Osten könnte dabei eine Schlüsselrolle spielen. Nur so können wir das Mittelmeer von einer tödlichen Zone der Flüchtlingsabwehr und einer brutalen Grenze zwischen Arm und Reich zu einer Zone des Aufstands und des Reichtums der sozialen Bewegungen und Kämpfe machen. Drängende Fragen stellen sich auch angesichts der stabilen politischen Situation in den nord- und westeuropäischen Ländern. Gerade der Bundesregierung ist es bisher erfolgreich gelungen die Folgen der Krise auf andere Länder abzuwälzen. Steigende Produktivität, niedrige Löhne, prekäre Arbeitsverhältnisse und ein stabiler sozialer Frieden sind die Basis des Exportweltmeisters Deutschland. Das ‚Modell Deutschland‘ wird über Schuldendiktate und Austeritätsprogramme nun auch den europäischen Krisenstaaten mit Gewalt aufgezwängt.

Die Linke reagiert auf diese Entwicklung bisher hilflos und ohne Konzept. Krisenproteste, wie zuletzt die Blockupy-Aktionen in Frankfurt, blieben isoliert und ohne gesellschaftliche Dynamik.

Wann gelingt es auch hier, die Friedhofsruhe aufzukündigen? Welche Rolle kann eine marginalisierte Linke hierbei spielen? Was haben wir rassistischen und nationalistischen Krisenlösungen entgegenzusetzen? Was können wir zu einer transnationalen Aufstandsbewegung beitragen? Mit wem solidarisieren wir uns? Bedeutet die Eskalation zum Bürgerkrieg das Scheitern des Aufstandes? Alle diese Fragen stellen sich angesichts der aktuellen Entwicklungen mit einer neuen Dringlichkeit. Die Suche nach Antworten ist entscheidend für die Zukunft internationalistischer Politik.

Podiumsdiskussion „Perspektive Aufstand? Soziale Kämpfe in Südeuropa und Nordafrika“ mit Aktivst_innen aus Tunesien, Frankreich, Spanien und Griechenland. Freitag, den 10.5., 20 Uhr im Freiheit; Rainer-Werner-Fassbinder-Platz 1, 100 Meter von der S-Bahn Donnersbergerbrücke (alle S-Bahnen).



Athen 2008: Eine Stadt die brennt, ist wie eine Blume die blüht

Entgrenzte Kriege

„Der Frieden hier ist Teil des Kriegs woanders – und nicht seine Auflösung. Unser Normalzustand erfordert Krieg anderswo. Und unsere Normalität erfordert die Normalisierung von Militär und Kriegsführung, von Repression und Aufrüstung, und sie erfordert die Abstraktion davon, dass diese mit den eigenen Verhältnissen zu tun haben. Denn solche/unsere Verhältnisse erfordern eine Reihe von Ausblendungen, sonst lassen sie sich nicht aufrecht erhalten“,

so heißt es in einem Beitrag des antimilitaristischen Netzwerkes KiF (Krieg ist Frieden). Und vielleicht ist hier schon ein wesentlicher Punkt angesprochen, warum Militarisierung, welche die Gesellschaft so grundlegend durchzieht, momentan selten explizit zum Thema linker Politik gemacht wird – sie ist auf so vielen Ebenen Teil des Alltags geworden, dass wir ihre Auswirkungen als „Normalität“ im Rahmen der allgemeinen rassistischen, patriarchalen und kapitalistischen Verhältnisse wahrnehmen. Umso wichtiger ist es, Militarismus in seinen vielen Facetten und Kontexten sichtbar und angreifbar zu machen.

Krieg beginnt hier. Das heißt, dass hier im Alltag Geschlechternormen (re)produziert werden, die militarisierte Selbstentwürfe entlang der Pole „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ bereitstellen. Die heteronormative Einteilung der Welt in „männlich“ und „weiblich“, die nach wie vor die gesellschaftlichen Verhältnisse he-

gemonial strukturiert, bereitet den Boden für die Legitimierung und Mobilisierbarkeit von Kriegen und wirkt darauf zurück, wie Krieg von uns wahrgenommen wird.

Krieg beginnt hier mit der Entsendung von Kriegsschiffen, um Flüchtlingsboote bereits im Mittelmeer abzufangen. Diese Einsätze zwingen den Flüchtlingen und Migrant_innen längere, gefährlichere Routen auf und führen damit jährlich zu tausenden Todesfällen in Mittelmeer und Atlantik. Auch die eigentliche EU- Außengrenze wird zunehmend militarisiert und technisiert, etwa durch den Einsatz von militärischen Drohnen und die explizite Einbeziehung der Kriegsministerien in den Grenzschutz.

Mit diesem rassistischen Grenzregime betreiben die EU-Staaten den gewalttätigen Ausschluss derer, die nicht als billige und rechtlose Arbeitskräfte in Europa gebraucht werden. Die weitgehende Abschottung der Unerwünschten ist aber auch kapitalistisches Krisenmanagement; Wenn Menschen vor Kriegen oder den Folgen ökonomischer Zusammenbrüche fliehen, versuchen die Metropolenstaaten ihr Möglichstes, um Flüchtlinge weit vor Europa aufzuhalten. Nicht umsonst führt die NATO in ihren Strategiepapieren „unkontrollierte Migrationsbewegungen“ als Kriegsgrund an.

Nach wie vor stellt der Kampf um Ressourcen einen wesentlichen Grund für weltweite Kriege

dar. Ein Beispiel dafür ist der Militäreinsatz vor Somalia.

Im Rahmen der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ hat sich Deutschland dazu ermächtigt, in somalischen Hoheitsgewässern Kriegsschiffe auf die Jagd nach „Pirat_innen“ zu schicken, d. h.: Leute, die der „Piraterie“ verdächtigt werden, werden festgenommen, ihrer Boote beraubt und gegebenenfalls auch mit scharfen Waffen beschossen. Geschützt werden damit einerseits die Fischfangflotten der Industriestaaten, die seit Jahren das Meer vor der afrikanischen Küste leer gefischt und somalische Fischer_innen ihrer Existenzgrundlagen beraubt haben. Darüber hinaus wird eine der weltweit meist befahrenen Schifffahrtsrouten für Öl und andere begehrte Handelsgüter gesichert – gegen Leute aus einem der ärmsten Länder der Welt, die sich durch Kapern von Schiffen und Lösegeldforderungen zumindest einen Bruchteil der Reichtümer abzweigen, die vor ihrer Küste vorbeischippeln.

Die Trennung zwischen Frieden „hier“ und Krieg „dort“ existiert praktisch nicht mehr. Im NATO-Papier „Urban Operations in the year 2020“ skizziert eine hochkarätige Arbeitsgruppe aus sieben NATO-Staaten den Krieg der Zukunft als urbanen Krieg, in dem die Bebauung, Infrastruktur und Bevölkerungsdichte traditionelle Militär-Taktiken an ihre Grenzen stoßen lassen. Es geht nicht mehr in erster Linie um den Kampf gegen eine feindliche Armee, sondern um „asymmetrische Bedrohungen“, Aufstände und Chaos in unübersichtlichen Megacities mit ausgeprägten sozialen Konflikten. Ziel ist die langfristige Kontrolle des Territoriums und der Bevölkerung durch den Einsatz „nicht-tödlicher Waffen“, die Schaffung von Informationshegemonie, zivil-militärische

Zusammenarbeit etc. Dass solche Strategien in der heimatlichen Aufstandsbekämpfung ebenso anwendbar sind wie in eroberten Ländern, steht außer Frage. Sie sind wesentliche Säulen für die Aufrechterhaltung des neoliberalen Kapitalismus.

Die massive Zuspitzung sozialer und ökonomischer Konflikte der letzten Jahrzehnte hat Widersprüche und Konflikte hervorgebracht, die strukturell unlösbar sind. Stattdessen wird die soziale Verunsicherung mit einer „inneren Sicherheit“ getäuscht, und die Unruhe mittels immer härterer Repression unterdrückt. Dazu gehört auch der Versuch, die Menschen in die präventive Logik des Sicherheitsstaats einzugliedern und sie als mitwirkenden Teil zu formieren. Die Militarisierung des Alltags, beispielsweise durch öffentliche Gelöbnisse, Auftritte der Bundeswehr in Arbeitsamt und Schulen oder durch Bundeswehruniformen im Straßenbild, prägt die Wahrnehmung von Kriegen und zielt auf Akzeptanz und auf Mitwirkung.

Auf dem diesjährigen BUKO wollen wir die bereits begonnenen Diskussionen um Antimilitarismus fortsetzen und die internationale Vernetzung voranbringen. Wenn wir es immer noch als unsere Aufgabe ansehen, die globale Kriegsmaschinerie in all ihren Facetten lahmzulegen, wird es notwendig sein, die alltäglichen Formen von Militarisierung und Krieg in den Fokus zu nehmen, um ihnen gemeinsam etwas entgegenzusetzen. Wir laden daher herzlich zum BUKO 35 ein, um neue Perspektiven zu entwickeln und unsere Handlungsspielräume zu erweitern – in der Hoffnung, damit dem diesjährigen BUKO Titel „deserta“ einen Schritt näher zu kommen.

Auf zum internationalen WAR STARTS HERE CAMP 2013
KRIEG BEGINNT HIER.
Campen, Diskutieren & Aktionen
21 - 29 Juli 2013, Altmark (GÜZ)
www.warstartsherecamp.org



Dichotomien sprengen – decolonize!

Die Spuren des Kolonialismus prägen unsere gesellschaftlichen Verhältnisse bis heute. Nach wie vor maßen sich die westlich-industrialisierten Länder an, den Rest der Welt zu erklären, zu kategorisieren und zu bestimmen. Die ökonomische Ausbeutung, politische Dominanz und die Kontrolle der Länder des globalen Südens sind verflochten mit der Produktion gesellschaftlicher Diskurse. Diese bedienen sich der Muster kolonialer Differenzproduktion und generieren immer neue Vorstellungen von „uns“ und „den Anderen“. „Die Anderen“ sind dabei stets diejenigen, die definiert werden und über die gesprochen wird. Gleichzeitig festigt sich durch die Abgrenzung von „den Anderen“ die Vorstellung von einer vermeintlich homogenen und überlegenen weißen Norm-Gesellschaft.

„Die Anderen“ tauchen auf in Statistiken über „illegale Einwanderung“, in Debatten über Leitkultur und Integration. Die politischen Positionen, die Forderungen und Bedürfnisse der Menschen, die als „Andere“ markiert und marginalisiert werden, bleiben jedoch in vielen relevanten Diskursen unsichtbar. Die Begriffe ändern sich, doch Rassismus bleibt eine Konstante des gesellschaftlichen Lebens. Auch im Jahre 2013 sind Herkunft und Hautfarbe bedeutende Faktoren, die über gesellschaftlichen Ausschluss entscheiden. Doch die globalen Herrschaftsverhältnisse bleiben, ebenso wie die brutalen rassistischen Praktiken hier-

zulande, nicht unwidersprochen. Die Risse in den Grenzziehungen entstehen in antirassistischen Kämpfen und Widerstandsstrategien:

Durch einen Protestmarsch quer durch Deutschland nach Berlin und die anhaltende Besetzung der Votivkirche in Wien trugen Flüchtlinge ihre Forderungen u.a. nach Abschaffung von Lagerunterbringung und gegen die ständig drohenden Abschiebungen lautstark auf die Straße. Parallel rückt die Kampagne gegen racial profiling, die u.a. durch die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) initiiert wurde, die Alltäglichkeit rassistischer Polizeipraktiken wieder in den Fokus. Diese Proteste reißen sich ein in eine lange Geschichte von Kämpfen gegen den rassistischen Normalzustand.

Und sie treffen den Puls der Zeit. Selten zeigten sich die Folgen des institutionellen Rassismus so deutlich wie in den letzten Monaten. Während der jahrelang verschleppten Ermittlungen der Sicherheitsbehörden zu den rassistisch motivierten NSU-Morden waren die Angehörigen der Opfer mit einer Ermittlungspraxis konfrontiert, die die Opfer zu Tätern erklärte. Die Ermittlungsbehörden warfen den Opfern die Verwicklung in kriminelle Machenschaften vor und suchten folglich in deren sozialen Umfeld nach den Tätern. Aber die Empörung, die angesichts dieser Realitäten durch die Öffentlichkeit gehen musste, bleibt aus. Die ganze gesellschaftliche Breite rassis-

tischer Denkmuster zeigte sich erst kürzlich wieder bei der öffentlichen Debatte über die Sprache in Kinderbüchern. Die Ankündigung der Verlage Oetinger und Thienemann, zukünftig rassistische Begriffe in Kinderbüchern abzuändern, löste einen empörten „Zensur!“-Aufschrei aus.

Postkoloniale Theorieansätze haben in diesem Zusammenhang vermehrt auf das Fortbestehen kolonialer Bilder und Denkfiguren hingewiesen. Die Produktion von Differenz und binäre Vorstellungen von „uns“ und „den Anderen“ waren zentrale Grundlage des Kolonialismus und schreiben sich in aktuelle Auseinandersetzungen ein. Diese Grenzziehungen sind aber eben nicht statisch, sondern stets umkämpft. Eine postkoloniale Perspektive versucht, diese Kämpfe und Grenzüberschreitungen in den Blick zu nehmen.

Ein Ziel postkolonialer Kritik ist es, aufzuzeigen, dass der Kolonialismus auch in den kolonisierenden Gesellschaften bis heute deutliche Spuren hinterlassen hat. Dazu gehört der Rassismus in den Köpfen, dazu gehören auch Straßen, die nach Kolonialverbrechern benannt sind, die Selbstverständlichkeit von „Mohren“-Apotheken und Museumsbestände hierzulande, die oftmals auf koloniale Raubzüge zurückgehen. Die alltägliche Präsenz rassistischer und (post-)kolonialer Strukturen ist Anlass für viele Formen des

Protestes und antirassistischer Interventionen.

Die damit verbundenen Fragen und Widersprüche gilt es immer wieder neu in den Blick zu nehmen und gemeinsam zu diskutieren:

Wie kann ein Ausbrechen, ein Desertieren aus diesen Denkmustern funktionieren, wenn Identitäten der weißen Dominanzgesellschaft immer auch in Abgrenzung zu „den Anderen“ bestimmt werden? Wer spricht für wen und wer wird gehört? Was bedeutet Solidarität in einer rassistischen Gesellschaft? Wie können gemeinsame Kämpfe aussehen?



Hoch die ... Solidarität in Zeiten sich verschärfender Ressourcenkämpfe

Auch wenn es viele Beispiele gibt für eine gelungene globale Vernetzung sozialer Bewegungen – um den Internationalismus hierzulande ist es eher ruhig geworden. „Fast scheint es, als hätte die deutsche Linke internationale Solidarität verlernt“, schreibt die AG Internationale Solidarität in der Einleitung der Zeitschrift *arranca*, die Ende 2012 mit dem treffenden Titel „re:refwd: Internationalismus“ erschienen ist. Dabei gehörte internationale Solidarität bis Ende der 1980er Jahre zum Einmal-eins fast einer jeden linken Sozialisation.

In den 50ern war es die Solidarität mit antikolonialen Kämpfen in Algerien, in den 60ern engagierte sich jede/r westdeutsche Linke gegen den Vietnamkrieg, ab den 70ern waren Lateinamerika-Solidarität und Anti-Apartheidsbewegung wichtige Bezugspunkte und 1988 wurden die Proteste gegen den Internationalen Währungsfond zu einem Höhepunkt der Internationalismus-Bewegung in der BRD. Doch viele internationalistische Gewissheiten sind danach ins Wanken geraten und vom Internationalismus blieb in den 1990er Jahren nicht viel übrig.

Der „Internationalismus“ musste sich neu erfinden. Zu lang war die Liste der Fehler und Fallstricke des „alten“ Internationalismus geworden: Identitätspolitik, Orientierung an „Volk“ und „Nation“, Überhöhung nationaler Befreiungsbewegungen auf Kosten gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse, Heldenverehrung, Fetischisierung des bewaffneten Kampfs und „Flucht“ vor sozialen Auseinandersetzungen im „globalen Norden“. Mit dem Aufstand der Zapatist_innen 1994 begann sich ein anderer Ansatz von Internationalismus abzuzeichnen, der einer Einbahnstraßenpolitik internationaler Solidarität sowie ihrer identitären Bezugnahmen eine klare Absage erteilte. Neue transnationale Organisationsformen entstanden, die zur Jahrtausendwende mit der globalisierungskritischen Bewegung eine neue

Dynamik bekamen. Heute vernetzen sich Linke auf vielfältigen Ebenen in ihrem Kampf für eine „bessere“ Welt jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung. Sie beziehen sich auf den „arabischen Frühling“, die Proteste gegen das EU-Krisenregime oder den Kampf der Bewegungen im „globalen Süden“ gegen Ressourcenraub und menschenunwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen in ihren Ländern. Was heißt internationale Solidarität heute in Zeiten sich verschärfender Ressourcenkämpfe und wie kann diese konkret aussehen?

„Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“, lautet der Karawane-Slogan, mit dem Flüchtlinge die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit in Bezug setzen zur Ressourcenausbeutung. Die internationale „Arbeitsteilung“, der zufolge die einen günstig die Ressourcen liefern, die die anderen verarbeiten, um die Produkte teurer zu verkaufen, bestimmt bis heute das hierarchische Verhältnis, das den „globalen Norden“ vom „Süden“ trennt. Die Aufrechterhaltung neokolonialer Ausbeutungsstrukturen ist nach wie vor primäres Ziel westlicher Außenpolitik und der Zugang zu „billigen“ Rohstoffen soll durch Kriege gesichert werden. Doch auch in den sog. wachstumsstarken Ländern des „Südens“ haben sich Strukturen einer neuen internen und externen Kolonialisierung und Plünderung entwickelt, die zu vielfältigem Protest und Widerstand führen.

Konzerne und Regierungen konkurrieren um den Zugriff auf Rohstoffe, auf Wasser, auf Ackerland, auf Biodiversität, auf Standorte zur Energiegewinnung, auf die billigste Arbeitskraft. Die lokale Bevölkerung war und ist dabei niemals ein gleichberechtigter Handelspartner. Sie ist ein Hindernis, das im „besten“ Fall der kostensparenden Ausbeutung der Ressourcen dienen kann, im schlechtesten Fall einfach im Weg ist. Dabei dienen die gewonnenen Ressourcen hegemonialen kapitalistischen Lebensmodellen, die zerstörerische Wirkungen entfalten. Den Menschen des „glo-

balen Südens“ diese „imperialen Lebensweisen“ als Entwicklungsmodell zu verkaufen, ist mittlerweile aus der Mode gekommen, ohne dass ein neues Versprechen an dessen Stelle getreten wäre.

Die Plünderung des Planeten für den auf unbegrenztem Wachstum basierenden Kapitalismus ist Gegenstand der Kritik von unterschiedlichsten sozialen Bewegungen weltweit. Mit der Idee des „Buen Vivir“ wird in Südamerika ein Konzept formuliert und gelebt, das weltweit von immer mehr Menschen rezipiert wird. Mit der Vernetzung von Protesten gegen Land-Grabbing, gegen Frontex, gegen neoliberale Freihandelsabkommen, mit der Unterstützung von migrantischen Landarbeiter_innengewerkschaften in Südspanien und der Karawane für Bewegungsfreiheit in Mali und Senegal werden Kämpfe und Themen verknüpft, wird eine Perspektive auf das eröffnet, was man hoff-

nungsvoll einen „Neuen Internationalismus“ nennen könnte.

Auf dem BUKO wollen wir darauf einen Ausblick geben, indem wir die Frage nach den Möglich- und Unmöglichkeiten internationaler Solidarität anhand von Praxisbeispielen ganz konkret werden lassen und Organisierungserfahrungen zusammentragen und reflektieren: Mit wem sind wir wie vernetzt? Haben wir grundlegende Prinzipien für internationale Solidaritätsarbeit entwickelt, an denen wir uns orientieren? In welcher Weise unterstützen wir die politischen Ziele derjenigen, mit denen wir zusammenarbeiten? Wie gehen wir mit Konflikten und Hierarchien in der Zusammenarbeit aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen, Lebensweisen und Ressourcenverteilung um? Was sind weitere Hürden bei transnationalen Projekten? Dies sind nur einige der Fragen, die wir gemeinsam diskutieren wollen.





BUKO 35 // 09-12 Mai 2013 // München

	Donnerstag, 09.05.	Freitag, 10.05.	Samstag, 11.05.	Sonntag, 12.05.
9:00	Frühstück	Frühstück	Frühstück	
10:00	Aufbau	Workshops 1	Workshops 3	Frühstück
11:00				Zum Verhältnis von Internationalismus und Antimilitarismus
12:00		Workshops 2	Workshops 4	
13:30		Mittagessen	Mittagessen	
15:00	Crashkurse	Outdoor & Vernetzungsblock	Workshops 5	Aufräumen & Abreise
16:00			Workshops 6	
17:00				
18:30	Abendessen	Abendessen	Abendessen	
19:00			BUKO-Jahresplenum*	
20:00	Auftaktveranstaltung Fröhliches Hallo (Eine Welt Haus)	Perspektive Aufstand?! Podiumsveranstaltung (Freiheiz)	Kabarett: Faltsch Wagoni	
21:00			Party im Marat mit Nim Alae und Inti Che	

Eine Welt Haus
Schwanthalerstr. 80
U-Bahn Theresienwiese
// 1. Anlaufpunkt
// Podium So, 12.05. / 11h

Gewerkschaftshaus
Schwanthalerstr. 64
U-Bahn Theresienwiese / HBF
// Auftakt Do, 09.05. / 20h

Freiheiz Halle
Rainer-Werner-Fassbinder-Platz 1
S-Bahn Donnerbergerbrücke
// Podium Fr, 10.05. / 20h

Marat
Thalkirchner. 102
Bus 58 / 62 | Kapuzinerstr.
// Party Sa, 11.05. / ab 21h

Workshops
Diverse Locations im Westend. Ein genaueres Programm mit Wegbeschreibungen erhaltet ihr vor Ort.

* BUKO-Jahresplenum (19-21h): Das Jahresplenum bietet allen Interessierten die Möglichkeit, die BUKO näher kennen zu lernen. Auch „Nicht-BUKO-ianer_innen“ sind herzlich willkommen.

Panel Antimilitarismus	Panel Antirassismus	Panel Ressourcenkämpfe
<ul style="list-style-type: none"> › Crashkurs Aufstandsbekämpfung › Friedensforschung kontrovers (BIFA München) › Bundeswehr an Schulen › Sicherheitsarchitekturen/EU-Aufstandsbekämpfung Generalstreik (Out of control/Gipfelsoli/Berlin) › Feministische Drohnenkritik (Arbeitsgruppe feministisch antimilitaristische Vernetzung AGFA-V) › Kriegserfahrungen und Heimatfront in Israel Antikriegsaktivist_innen von „Breaking the Silence“ / Israel erzählen (Stiftung W) › Brüche in der Heimatfront – Notwendigkeiten und Möglichkeiten antimilitaristischer Intervention (Stiftung W) › Krieg und Krise (Materialien) › Aufstandsbekämpfung – Diskussion – Vernetzung – Aktion (mit verschiedenen Gäst_innen) › Widerstandsstrategien gesucht (Antikriegscafé) › Krieg und Vergrenzung, Militarisierung der Sahara (IMI) › War Starts Here, Vorstellung & Auswertung der Kampagne › War-Starts-Here-Camp 2013 am GÜZ Info- und Mobilisierungsveranstaltung (Vorbereitungskreis) › Entgrenzte Kriege – im Visier der Drohnen (Bundeswehr wegtreten, Köln) › Indect, Europäische Überwachungsforschung und Frontex › Zivilmilitärische Zusammenarbeit (IMI) › Rüstungsstandort München (lokale Gruppen) › You get what you pay for /Du KRIEGst wofür Du zahlst (WILPF /IFFF) › Krieg & Autoritäre Formierung › Gewaltlos gegen Hitler (BWW/Köln) › Antimilitaristische Perspektiven (Blockupy) 	<ul style="list-style-type: none"> › 50 Jahre afrikanische Un-Abhängigkeiten Eine (selbst-)kritische Bilanz (africavenir/AK Panafricanismus) › Interventionen gegen den rassistischen Diskurs "Armutsmigration" (Initiative für Zivilcourage/Karawane München) › Antirassistische Arbeitskämpfe in der Landwirtschaft in Italien (Netzwerk Campagne in Lotta Rosarno) › Berlin Remix – Straßenumbenennungen als Chance zur dekolonialen Perspektivumkehr (Joshua Kwesi Aikins) › Erinnerungspolitische Interventionen im Stadtraum (mapping.postkolonial.net) › Postkolonialer Stadtrundgang ([muc] münchen postkolonial) › „Plantation Memories-Episodes of Everyday Racism“ (Grada Kilomba, angefragt) › „Bildung und Neoliberalismus im internationalen Kontext“ (Regina Schleicher, BiEm) › Entwicklung dekonstruieren – Postdevelopment entwickeln (Aram Ziai/ Friederike Habermann) › Mikrokredite als Instrument zur Schaffung neokolonialer Abhängigkeiten (Gerhard Klas) › Tribunal 2013 (The Voice Refugee Forum) › Protestmarsch und Flüchtlingsselbstorganisation (diverse Gruppen) › NSU: Der strukturelle Zusammenhang von Naziterror mit staatlichem und alltäglichem Rassismus (Bündnis gegen Naziterror und Rassismus) › Antirassistische Kämpfe von Flüchtlingen in Wien › Erfahrungen transnationaler Vernetzung (afrique-europe-interact/welcome to europe/boats4people) › Post-koloniale Logiken in der deutschen Migrationspolitik (Kien Nghi Ha) 	<ul style="list-style-type: none"> › Französische Militärintervention und aktuelle politische Konfliktfronten in Mali (Bernhard Schmid, Paris) › NO-TAV. Proteste gegen den Bau einer Bahnlinie für einen Hochgeschwindigkeitszug (mit Aktivist_innen aus Italien) › Staudammprojekt Belo Monte in Brasilien (pro Regenwald) › Land Grabbing (Marlies Olberz/FIAN München) › Soziale Bewegung(en) in Indien (mit Madhuresh Kumar/NAPM und U. Mahajan/SJA) › Aktuelle Lage in Venezuela – Beiträge zur Stadtteilorganisation & Bildung (BiEm) › Aktuelle Kämpfe in Chiapas (Alerta Düsseldorf) › Landkämpfe und Biosprit in Mittelamerika (Giorgio Trucchi) › Menschenrechtsbeobachtung in Honduras (ÖkuBüro München) › Die zweite Revolution – Islamismus, Repression und soziale Kämpfe in Tunesien (Yousri/Aktivist aus Tunis und Arbi/Erwerbsloseninitiative aus Sidi Bouzid) › Internationalismus heute und Bilanz globalisierungspolitischer Bewegung (Dieter Behr, Friederike Habermann) › Internationalismus 1945-1988 (Karl Rössel, Enno Janssen) › Militanter Klassenkampf – Bergarbeiter_innen-Streik in Asturien (mit Aktivist_innen aus Spanien) › Seagrabbing (Gaoussou Gueye/aktivistischer Fischer aus dem Senegal) › Krisenproteste in Portugal und Griechenland (mit diversen Aktivist_innen) › Kampf um globale Klimagerechtigkeit – ein internationalistischer Ansatz (isw Muc) › Recht auf Wohnen – Kämpfe gegen Zwangsräumungen in Spanien & Deutschland (Kampagne gegen Zwangsräumungen aus Barcelona & Berlin) › Krise, soziale Kämpfe und rassistisches Roll Back in Griechenland (mit griechischen Aktivist_innen) › Paradoxien der Nachhaltigkeit. Rohstoffausbeutung unter dem Mantel der „Green Economy“ in Afrika (africavenir) › Politischer HipHop in Guatemala (Lucio Yaxón Guarax / Nim Alae)

Teilnahmegebühr

Normaltarif (kostendeckend): 35 EUR
Ermäßigter Tarif: 25 EUR
Soli-Tarif: 50 EUR und mehr

Enthalten sind:

Politische Inspiration, Schlafplatzvermittlung, Kinderbetreuung. Die Verpflegung ist nicht enthalten, dafür sorgt gegen Spende die Vokü-Gruppe Le Sabot. Klar ist: Wir versuchen, den Teilnahmebeitrag so gering wie möglich zu gestalten – leider können wir nicht darauf verzichten.

Sollte eure Teilnahme dennoch aufgrund der Kosten scheitern, dann meldet euch im BUKO-Büro. Denn es gilt das lang erprobte und bewährte BUKO-Motto: Am Geld soll die Teilnahme nicht scheitern – die BUKO aber auch nicht am Geld.

Anmeldung

BUKO Büro, Sternstr. 2, 20357 Hamburg, Tel: 040/393156, mail@buko.info
Onlineanmeldung und weitere Infos unter: www.buko.info

Kongressort

Kongresszentrum ist das EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80, (5 Min. von der U-Bahn Station Theresienwiese U 4/5, 10 Min. vom Hauptbahnhof). Anfahrt unter: <http://www.eineweltHaus.de/kontakt/>

Impressum

Bundeskoordination Internationalismus, Sternstr.2, 20357 Hamburg (V.i.S.d.P.: Nicole Vrengor)

Gestaltung

info@tatura.net

Kids auf dem BUKO 35

Es wird eine Kinderbetreuung während der Workshop-Phasen geben. Für die Organisation ist es sehr hilfreich, wenn diejenigen, die mit Kindern anreisen, uns vorher kontaktieren. Dies vereinfacht die Planungen. Wir freuen uns über großen und kleinen Besuch auf dem BUKO!

Übernachtung auf dem BUKO

Wie gewohnt wird auch bei diesem BUKO ein Mix aus einfachen Privatunterkünften und Gemeinschaftsräumen organisiert.



Bitte auf jeden Fall Schlafsäcke und Isomatte mitbringen! Campingfans aufgepasst: Es gibt zudem die Möglichkeit, auf einem befreundeten Wagenplatz unterzukommen. Weitere Infos dazu auf unserer Kongresshomepage.

Übersetzer_innen gesucht!

Zur Durchführung des Kongresses in mehreren Sprachen sind wir auf Menschen angewiesen, die (simultan/konsekutiv) dolmetschen können. Falls ihr deutsch-englisch-französisch-spanisch übersetzen könnt, meldet Euch.

Veranstalter_innen:

BUKO, Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE), BIFA München, DFG-VK, gruppe 11, Karawane München, Ökumenisches Büro München,

Bundeswehr wegtreten, Stadtpark Olga, Stiftung W, Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V., VzF und Einzelpersonen.

Finanzielle Unterstützung:

Aktion Selbstbesteuerung (ASB), Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE), Kurt Eisner Verein, Rosa Luxemburg Stiftung (rls), Stiftung Umverteilen, Stiftung W., EineWeltHaus München

